

Und gut ist

Oder nicht. Die Politik hat aufgegeben – die Pandemiebekämpfung ist jetzt Sache der Verwaltung | Von Frank Hofmann

Michael Ryan ist der oberste Krisenmanager der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf. Er spricht seine Sätze mit Druck, aber ruhig, schnell und ist dabei immer so klar, wie es Krisenmanager eben sind, die gelernt haben, mitten im schlimmsten Sturm die Ruhe zu bewahren. „Der größte Fehler ist es, sich nicht zu bewegen, der größte Fehler ist es, durch die Angst vor dem Versagen gelähmt zu sein – das ist die größte Lektion, die ich in der Vergangenheit bei Ebola-Einsätzen gelernt habe.“

Die erfolgreiche Bekämpfung des Ebola-Virus in Westafrika 2013 bis 2016 unter Führung der Vereinten Nationen und mit Hilfe der US-Armee gilt für Experten im Westen als Beispiel, wie eine Epidemie erfolgreich bekämpft werden kann. Einige dieser Fachleute arbeiten seit mehr als einem Jahr an der Bekämpfung von Covid-19. So auch Michael Ryan. „Das Problem in der Gesellschaft, das wir im Moment haben, ist, dass jeder Angst davor hat, einen Fehler zu machen“, sagt Ryan, und: „Jeder hat Angst vor den Konsequenzen eines Fehlers.“ Grundlage jedes Krisenmanagements im Kampf gegen das Virus sei: Geschwindigkeit – wer langsam ist, verliert. Und: Krisenmanagement ist kein Schönheitswettbewerb, es ist schmutzig, und Fehler gehören dazu. Solange immer noch mehr Maßnahmen wirken als scheitern, passt es.

Und so passt die Analyse auch gut zur aktuellen Pandemie-Bekämpfung in Deutschland. Allerdings ist sie schon mehr als ein Jahr alt: Ryan sagte diese Sätze am 13. März 2020.

Das italienische Bergamo stürzte in die erste Covid-Katastrophe, Deutschland machte dicht und gewann die erste Runde im Kampf gegen Sars-CoV-2. Es folgte ein Sommer der relativen Glückseligkeit für Pandemie-Verhältnisse. Danach die zweite Welle. Seither hat Deutschland die Pandemie nie wieder unter Kontrolle gebracht. Denn es war nicht mehr schnell.



Michael Ryan, oberster Krisenmanager der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Mehr noch: Im vergangenen Jahr wurden Entscheidungen getroffen, die das Krisenmanagement entschleunigten. Zum Beispiel die Impfstoff-Beschaffung durch die EU-Kommission auf Druck der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Gesundheitsminister mehrerer EU-Staaten, darunter die aus Deutschland und Frankreich, bereits geeinigt, die Impfstoff-Beschaffung in die Hand zu nehmen.

Sie waren sehr schnell und folgten damit sogar der Logik des derzeit geltenden EU-Vertrages von Lissabon. Durch den wurde die EU-Kommission als gemeinschaftliche Institution geschwächt zu Gunsten des Europäischen Rates und seiner 27 nationalen Regierungen. Damit dennoch kein Land andere ausbremsen kann, zum Beispiel in Krisen, wurde vereinbart, dass einzelne Länder mit vertiefter Zusammenarbeit voranschreiten können. Sagen wir: mit einer gemeinsamen Beschaffung von Impfstoffen für die gesamte EU. Maßgeblich ausgehandelt hatte diesen Vertrag: Angela Merkel. Dass die gleiche Bundeskanzlerin plötzlich die EU-Kommission

in der Pandemie-Bekämpfung stärken wollte, ist ein handwerklicher Fehler. Die EU-Kommission hatte dafür schlicht keine Kompetenzen, kaum Leute und musste auch noch viele Vereinbarungen mit den Herstellern rückkoppeln – mit 27 EU-Regierungen. Es so zu machen wie die USA und gegenüber den Firmen nicht als Käufer, sondern als Investor aufzutreten, war wahrscheinlich schon deshalb unmöglich. Die Kommission konnte gar nicht als wirklich mandatierter alleiniger Akteur auftreten. Sie war auf diese Herkulesaufgabe schlicht nicht vorbereitet.

Langwierig wurde so über Haftungsfragen gesprochen. Jede Impfkampagne braucht

Zeit, um voll anzulaufen. Großbritannien übernahm deshalb die Haftung selbst und legte fest, dass die neuartigen mRNA-Impfstoffe im Abstand von drei Monaten verimpft werden sollten anstatt innerhalb von sechs Wochen, wie es im Beipackzettel zum Beispiel des BioNTech-Pfizer-Impfstoffes heißt, um anfangs mehr davon zu haben. Mit Erfolg. Europa hätte den Herstellern sagen können: Machen wir auch so, bis genug produziert wird.

Doch dazu war die EU-Kommission gar nicht in der Lage. Sie darf schlicht nicht über finanzielle Risiken nationaler Haushalte entscheiden – und der Corona-Krisenfonds der Europäer drohte zu diesem Zeitpunkt noch blockiert zu werden, vorneweg von Ungarn und Polen. „Das Perfekte ist der Feind des Guten beim Notfallmanagement“, sagt WHO-Krisenmanager Michael Ryan, „Geschwindigkeit übertrumpft Perfektion.“

Spätestens seit Oktober 2020 war für Deutschland klar, dass die Modelle der Pandemieentwicklung die zweite Welle ziemlich genau vorhersagten, wäre die lo-

FRANK HOFMANN
ist Journalist und Historiker mit den Schwerpunkten Europa, USA, Menschenrechte und internationale Beziehungen. Er hat als Korrespondent in Brüssel, Paris, Kiew und auf dem Balkan gearbeitet.

Wahlen nach Zahlen

Vom Nutzen und Nachteil der Umfragen für K- und andere politische Fragen | Von Dorothee de Nève

Mitten im hitzigen Machtkampf der vergangenen Tage in Sachen K-Frage provozierte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff erneut eine Diskussion über die Relevanz von Umfragen, indem er forderte, die K-Frage sollte aufgrund von Popularitätswerten gelöst werden. „Leider geht es jetzt nur um die harte Machtfrage: Mit wem haben wir die besten Chancen? (...) Es geht nicht um persönliche Sympathie, Vertrauen oder Charaktereigenschaften. Es hilft nichts, wenn jemand nach allgemeiner Überzeugung absolut kanzenlerfähig ist, aber dieses Amt nicht erreicht, weil die Wählerinnen und Wähler ihn nicht lassen.“

Wenn Parteien dieser Marktlogik folgen würden, könnten wir dies zurecht eine Parteienpolitik *on demand* nennen: Die Bürger fordern, die Parteien liefern – dahinter steckt letztlich auch eine populistische Idee des vermeintlichen Volkswillens.

Ganz so einfach funktioniert die repräsentative Demokratie freilich nicht. Parteien und Abgeordnete sollen zum einen ihre Mitglieder, zum anderen ihre Wähler:innen vertreten. Sie pflegen jenseits der Beziehungen zu diesen beiden Bezugsgruppen noch weitere Loyalitätsbezüge, etwa zu bestimmten sozialen Gruppen, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder

Glaubensgemeinschaften, zu einer Region oder zu wirtschaftlichen Akteuren.

Das Dilemma besteht darin, diese konkurrierenden Interessen zu priorisieren und in einem möglichst knappen Politikangebot zu verdichten. In der Praxis erweist sich dies oft als sehr herausfordernd. Politikwissenschaftliche Forschung zeigt etwa, dass sich die Parteimitglieder meist konservativer – im Sinne von beharrender auf den eigenen parteipolitischen Werten und Traditionen – erweisen, als dies bei den Wähler:innen der Fall ist. Wenn sich Parteien also in ihren Entscheidungen an Wahlumfragen orientieren, dann beziehen sie sich eben strategisch auf den Wettbewerb um Wählerstimmen und setzen sich unter Umständen über die Präferenzen der eigenen Mitglieder hinweg.

Mitglieder lassen sich durch den Erfolg zwar manchmal *ex post* überzeugen, doch die Entfremdung der Parteieliten von der eigenen Basis ist politisch riskant. In Ländern wie den USA gibt es keine Parteimitgliedschaften, die mit spezifischen Rechten und Pflichten in Bezug auf die Partei verbunden sind. Insofern spielt die strategische Ausrichtung auf Umfrageergebnisse dort eine entsprechend größere Rolle. In Deutschland ist die innerparteiliche Demokratie nicht nur Bestandteil der

politischen Tradition und einer in unserer Zeit trendigen Partizipationskultur, in der Bürger:innen mehr Teilhabe einfordern, sondern sogar im Grundgesetz – Art. 21 Abs. 1 Satz 3 – und im Parteiengesetz verankert. Insofern ist es auch formal nicht statthaft, sich in parteipolitischen Sach- und Personalfragen ausschließlich auf die vermeintliche Nachfrage der Wähler:innen zu beziehen.

Darüber hinaus ist dies auch taktisch schwierig, denn das Wahlverhalten ist sehr schwankend. Die ständige Anpassung an diese sich ändernden politischen Stimmungslagen würde die Angebote der Parteien der Beliebigkeit preisgeben und ihrer Identität und Funktion im repräsentativen System berauben. Dies gilt umso mehr, als sich ja letztlich alle konkurrierenden Par-

PROF. DR. DOROTHEE DE NÈVE
lehrt Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sie forscht zu Parteien, Partizipation und Politik und Religion. Zuletzt erschien ihre gemeinsam mit Niklas Ferch verfasste Studie zu innerparteilicher Demokratie.

teien auf dieselben Mehrheiten der Umfragen beziehen würden.

Wie schnell hohe Beliebtheitswerte und Anflüge von Wechsel- zur Katerstimmung werden können, wenn Kandidat:in, Programm und Kampagne nicht zueinander passen, zeigte die 2017er Bundestagskampagne der SPD eindrücklich – der „Schulz-Zug“ fuhr rasant los, verlor aber schnell mächtig an Dampf. Aus der Perspektive der Demokratie ist es insofern viel besser, tatsächlich auf einen innerparteilichen Willensbildungsprozess zu setzen und im Parteienwettbewerb letztlich substanziiell unterschiedliche Angebote zu etablieren.

In Zeiten der Postdemokratie ist die Tendenz ausgeprägt, die mangelnde gesellschaftliche Verankerung einer Partei durch demoskopische Instrumente wie Umfragen oder Fokusgruppen zu ersetzen. Diese Entwicklung ist vor allem vor dem Hintergrund der sinkenden Mitgliederzahlen verständlich. Sie ist jedoch – wie die oben genannten Gründe zeigen – problematisch, wertet sie doch die Mitgliedschaft und das aktive Engagement in der Partei selbst letztlich ab. Die Motivation, eigene Ideen und Interessen in parteiinterne Debatten einzubringen und sich als Delegierte für kräftezehrende Parteitage zur Verfügung zu stellen, dürfte noch geringer werden, wenn mühsam aus-

gische Reaktion gewesen, noch einmal das Erfolgsmodell vom Frühjahr 2020 zu wiederholen. Das passierte nicht. Die Angst vor dem unbekanntem Virus wirkte nicht mehr. Möglicherweise war die Politik in Berlin und den Ländern da schon längst wieder im alltäglichen Modus von Einflussnahmen, Lobbyismus also, und nicht – im echten Krisenmanagement. Es war der Moment, als sich die Entscheider von einer wissenschaftlich fundierten Pandemiebekämpfung verabschiedeten.

Was das im Politikalltag bedeutet, konnte man vergangenen Sonntag im Ersten Deutschen Fernsehen beobachten. Da reagierte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmeier auf den dramatischen Appell von Michael Hallek, dem Direktor der inneren Medizin an der Uni-Klinik Köln und Mitglied der No-Covid-Gruppe, er möge doch konkrete Vorschläge machen. Blöd nur, dass diese Vorschläge bereits am 18. Januar vorgelegt wurden, seither werden sie regelmäßig aktualisiert und zum Beispiel in einer Videokonferenz auch Altmeiers Bundeswirtschaftsministerium nahegebracht. Es waren schlicht zwei Welten, die da aufeinanderprallten: Hallek machte deutlich, wie in Köln die Intensivstationen volllaufen und – vor allem – das Personal am Ende seiner Kräfte ist.

Es verfestigt sich ein Eindruck: Die Politik hat aufgegeben. Das Krisenmanagement wird nun mit der sogenannten Bundesnotbremse vollends in die Hände der Verwaltung gegeben. In der gleichen Talk-Runde war recht häufig ein Wort zu hören, das Merkel zugeschrieben werden kann: „Instrumentenkasten“ der Pandemiebekämpfung. Der steht jetzt da mit dem neuen Gesetz – und gut ist. Die Politik schaltet nach und nach auf Wahlkampf mitten in der größten Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland „seit dem Zweiten Weltkrieg“ (Merkel). Es sterben Menschen, die sehr wahrscheinlich hätten gerettet werden können.

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Moneyball

Genau eine Nacht und zwei Tage stand die alte Fußballwelt unter Schock, sollte doch nach amerikanischem Vorbild noch dieses Jahr eine neue Fußballwelt entstehen. Eine Fußballwelt, bestehend aus 15 Spitzenklubs, die in einer eigenen Elite-Liga vermeintlich besseren Fußball spielen und vor allem noch viel mehr verdienen würden.

Das Unisono des Entsetzens in der Branche folgte prompt: Gegeißelt wurde die schier unendliche Gier der Separatisten, von der Zerstörung des Fußballs war die Rede, sogar der britische Thronfolger mischte sich ein. Prompt haben sich die Initiatoren zurückgezogen. Das Projekt liegt erst einmal auf Eis. Tot aber ist die Idee eines alternativen Wettspielmodus neben dem Angebot des europäischen Fußballverbands Uefa sicher nicht. Und das hat einen einfachen Grund.

Die Uefa ist Monopolanbieter. Und Monopole können für potente Wettbewerber sehr anziehend sein. Denn es gibt so etwas wie eine Monopolrente, die hoch und ungerecht ist, weil Monopole aufgrund des fehlenden Wettbewerbs nicht ihre Abnehmer, sondern nur den Erhalt ihrer eigenen Marktmacht im Blick haben, um diese weiterhin zu Geld zu machen. Es entspricht reiner Marktlogik, dass genau dieser Wettbewerber auf den Plan ruft.

Mit ihrem Monopol hat Uefa die Kommerzialisierung des Fußballs derart vorangetrieben, dass daraus genau jenes von Gier getriebene Milliardengeschäft wurde, das sie den Super-League-Initiatoren nach deren Vorstoß lauthals vorwarf und das die Fans so auf die Palme brachte.

Als bedürfte es dafür noch des Beweises, hat die Uefa aus einzig finanziellen Gründen die Ausweitung der Champions-League auf 36 Teilnehmer bekanntgegeben, um damit neue Milliarden einzusammeln, die am Ende die Fans teuer bezahlen.

Doch hat das Uefa-Monopol eine viel dunklere Vorgeschichte: Die Entstehung des Zwei-Klassen-Fußballs hat der Verband mit seiner Champions League erst so richtig befördert. Geld verteilt er nicht nur an die eigenen Funktionäre, sondern am liebsten nach dem Matthäus-Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. Selbst auf die Einhaltung ihrer eigenen Fair-Play-Regeln gibt die Uefa nichts, sondern lässt Clubs, die dagegen offensichtlich verstößen, ungeschoren davonkommen. Und für den Nachwuchs bleibt auch nicht viel übrig. Der Uefa geht es ausschließlich um Geld und sonst gar nichts.

Die Ironie des Ganzen: Just der 48-Stunden-Wirbel um das Projekt Super League förderte die Scheinheiligkeit der Uefa erst richtig zutage, die sich diese Woche allzu gerne als die Gute im Big Money Game des Fußball positioniert hätte. Nur ging das deutlich daneben. So offenbarten ausgerechnet die fürs Erste vereitelten Pläne für eine fußballerischen Eliteveranstaltung die Schwächen der maroden europäischen Fußballwelt. Und da steht die Uefa so ziemlich mittendrin.

Die Studie ist hier erschienen: <https://www.fes.de/internationale-politikanalyse/studie-innerparteiliche-demokratie>

DER HAUPTSTADTBRIEF. Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter